

WOHNEN IST EIN MENSCHENRECHT

Praxisbeispiele der Umsetzung der Grundprinzipien einer auf Rechten basierenden Wohnstrategie

Gesetzliche und rechtliche Standards als Grundlage	<ul style="list-style-type: none">• Unterschiedliche Rechtstraditionen und politische Kontexte ermöglichen eine Reihe von Ausprägungen des Rechts auf Wohnen. Viele nationale Verfassungen erkennen es inzwischen ausdrücklich an, während andere die Verantwortung der Regierungen, Maßnahmen zur Förderung oder Sicherstellung des Zugangs zu Wohnraum zu ergreifen, bekräftigen. Andererseits haben die Gerichte eine umfassende Auslegung anderer verfassungsmäßiger Rechte, wie beispielsweise des Rechts auf Leben, beschlossen, um das Recht auf Wohnen zu gewährleisten. Einige Staaten stützen sich in erster Linie auf Gesetze zum Schutz des Rechts auf Wohnen.• Strategien bauen darauf auf, dass die Gerichte eine wichtige Rolle bei der Klärung der Verpflichtungen spielen, die sich aus dem Recht auf Wohnen ergeben. In Indien stellte der Oberste Gerichtshof nach Prüfung der Beweise für die Auswirkungen der Kälte auf die Gesundheit von Obdachlosen eine Verletzung des Rechts auf Leben fest und ordnete den Bau von Unterkünften an.• In Nigeria haben die betroffenen Gemeinschaften erfolgreich argumentiert, dass Zwangsräumungen eine Verletzung des verfassungsmäßigen Rechts auf Würde darstellen.⁸ Das Oberste Gericht in Abuja erklärte, dass das Recht auf Wohnen nicht eng ausgelegt werden sollte, was lediglich bedeuten würde ein Dach über dem Kopf zu haben, sondern allgemein als ein Recht auf ein Leben in relativer Ruhe, Sicherheit und Würde betrachtet werden sollte. Es deutete auch an, dass die Regierungen die Verantwortung für die Schaffung von Wohnungspolitik tragen, um diese Werte zu fördern.• Die Verfassung von Uruguay garantiert das Recht auf ein anständiges Zuhause, das in einem Fünf-Jahres- Wohnungsbauplan für den Zeitraum 2015-2019 umgesetzt wird. Der Plan bezieht sich auf das Recht der Stadt und die umfassende Definition von angemessenem Wohnen, wie sie in der Allgemeinen Bemerkung Nr. 4 enthalten ist, der sich zum Beispiel an Probleme der Diskriminierung und der sozialräumlichen Trennung richtet.• Der schottische Housing Act von 1987 behandelt die unmittelbare Verpflichtung zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit, indem er von den lokalen Regierungen verlangt, jedem, der ungewollt obdachlos ist, eine Unterkunft zur Verfügung zu stellen, einschließlich derjenigen, die mit häuslicher Gewalt und überfüllten Unterkünften konfrontiert sind.• Im Zusammenhang mit jedem dieser Länder hat die Zivilgesellschaft Verstöße gegen das Recht auf Wohnen festgestellt und setzt sich weiterhin für eine effektivere Umsetzung ein. Das legt nahe, dass der verfassungsmäßige und rechtliche Schutz des Rechts auf Wohnen nicht immer ausreichend sein dürfte
Priorisierung der Bedürftigen und Gewährleistungen der Gleichstellung	<ul style="list-style-type: none">• Obwohl Strategien vorgeben den Bedürftigsten Vorrang einzuräumen, stellen sie stattdessen Anforderungen, die dazu dienen sie zu diskriminieren. Beispielsweise stellen Anforderungen wie Baranzahlungen, persönliche Identifikation, dokumentarische Eigentumsnachweise oder Flächennutzungserlaubnis oder historische Belegung für viele Menschen, die eine angemessene Wohnung benötigen, ein Hindernis dar.• In Afghanistan vergibt ein Mikrofinanzprojekt kleine Bauförderkredite an einkommensschwache Bewohner zur Renovierung und Modernisierung. Ursprünglich verlangte das Programm von den Bewohnern, dass sie einen dokumentarischen Eigentumsnachweis für ihr Land vorlegen. Um diese Barriere jedoch zu beseitigen, werden heute alternative Formen des Nachweises akzeptiert, wie z.B. die Aussage von Nachbarn.• In Uganda erinnert die Wohnungspolitik 2016¹⁸ an die Kolonialgeschichte des Landes und an die historische Wohnungspolitik, die nur auf die Bedürfnisse der

Bericht der Sonderberichterstatterin über angemessenes Wohnen als Bestandteil des Rechts auf einen angemessenen Lebensstandard und das Recht auf Nichtdiskriminierung in diesem Zusammenhang

WOHNEN IST EIN MENSCHENRECHT

Praxisbeispiele der Umsetzung der Grundprinzipien einer auf Rechten basierenden Wohnstrategie

	<p>Europäer einging und die Afrikaner den Rand Peripherien der Stadtgebiete verwies. Die derzeitige Politik zielt darauf ab, den Zugang zu angemessenem Wohnen für gefährdete Gruppen zu gewährleisten, Stigmatisierung und Diskriminierung, insbesondere der 2 Millionen Menschen, die mit HIV/AIDS leben, zu bekämpfen und das Geschlecht als Querschnittsthema zu behandeln, das Maßnahmen erfordert, um sicherzustellen, dass Frauen an der Gestaltung, Formulierung und Durchführung von Wohnprojekten und -programmen beteiligt sind.</p> <ul style="list-style-type: none">• In der Stadt Medellín, Kolumbien, zielt ein neues Transportsystem auf Gebiete mit der geringsten Lebensqualität ab. Das System verbindet inoffizielle Siedlungen mit der Stadt per Seilbahn.• Als Maßnahme zur Umsetzung der verfassungsmäßigen Menschenrechtsbestimmungen, einschließlich der Würde des Menschen, hat Portugal einen mehrstufigen Aktionsplan zur Beseitigung der Obdachlosigkeit bis 2023 angenommen, der auf den Grundsätzen der Nichtdiskriminierung und Gleichstellung basiert. Die Strategie wird eine interministerielle Kommission umfassen, die die Umsetzung der Strategie überwacht.• Organisationen in Europa haben sich kürzlich zusammengeschlossen, um eine „homeless bill of rights“ zu entwickeln, die auf die Diskriminierung und Ungleichheit aufmerksam machen soll, die Obdachlose erfahren, und die Städte auffordert, deren Rechte auf die Nutzung öffentlicher Räume anzuerkennen, Zugang zu grundlegenden sanitären Einrichtungen zu gewähren und überlebensnotwendige Praktiken durchzuführen.• In England müssen Kommunalverwaltungen nach dem Gesetz zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit 2017 eine Überprüfung der Obdachlosigkeit durchführen, eine Strategie zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit einführen und Wohnraum für diejenigen bereitstellen, die als vorrangig betrachtet werden. Nach dem Equality Act von 2010 müssen die Anbieter von Sozialwohnungen und alle lokalen Behörden in England die „Gleichstellungsverpflichtung“ erfüllen, um messbare Gleichstellungsziele zu erreichen.
Umfassend und Gesamtstaatlich	<ul style="list-style-type: none">• Beispielsweise berechtigt in Frankreich das 2007 verabschiedete nationale Gesetz über das durchsetzbare Recht auf Wohnung („Droit au Logement Opposable“ oder „DALO“) jeden Franzosen oder Einzelpersonen mit einem Aufenthalt/Aufenthaltsrecht, dem es an angemessenem Wohnraum mangelt, sich auf vorrangigen Wohnraum zu berufen. In den 10 Jahren seit Inkrafttreten des Gesetzes wurden rund• 100.000 Haushalten Wohnungen gewährt.²⁴ Obwohl das „DALO“-Gesetz das Recht auf Wohnen bestätigt, hat es wichtige systemische Fragen und Ursachen der Obdachlosigkeit, wie z. B. die unzureichende Wohnungsversorgung in den Städten und die Ausgrenzung von Migranten, nicht angegangen und nicht dafür gesorgt, dass die Schwächsten vom „DALO“-Gesetz profitieren. Frankreich hat angekündigt, eine neue Wohnstrategie einzuführen, die darauf abzielt, das Wohnungsangebot zu erhöhen, sich auf die schutzbedürftigsten Personen zu konzentrieren und die Lebensbedingungen zu verbessern.• In Argentinien wurde eine Initiative mehrerer Interessensvertreter entwickelt („Habitar Argentina“), die einen umfassenden „Nationalen Konsens für menschenwürdigen Lebensraum“ mit 10 Komponenten umfasst: Bodenpolitik, Umverteilung der Immobilieneinnahmen, universeller Zugang zu Hypotheken, Beteiligung, Gerichtsverfahren und Zugang zur Justiz, Verhinderung von Zwangsräumungen, Mietmarktregulierung und Zugang zu sozialer Infrastruktur.• In Irland wurde ein regierungsübergreifender Plan mit dem Titel "Wiederaufbau Irlands" entwickelt, um lokale Regierungen und freiwillige Sektoren einzubeziehen. Ein Kabinettsausschuss für Wohnungswesen unter dem Vorsitz des Premierministers wurde beauftragt, die Umsetzung des Plans zu überwachen.• Ruanda hat die weltweit höchste Urbanisierungsrate und große Unterschiede zwischen Einkommen und Lebenshaltungskosten, so dass 90 Prozent der Bevöl-

WOHNEN IST EIN MENSCHENRECHT

Praxisbeispiele der Umsetzung der Grundprinzipien einer auf Rechten basierenden Wohnstrategie

	<p>kerung sich keine offizielle Wohneinheit leisten können. Um diesen Bedingungen gerecht zu werden, erkennen die National Housing Policy (2015) und die Informal Urban Settlement Upgrading Strategy (2017) Wohnen als grundlegendes Menschenrecht an, weisen einer Reihe von Behörden und Regierungsebenen klare Verantwortungsbereiche mit „sektor- und hierarchieübergreifender Koordination“ zu und berücksichtigen unterschiedliche Rahmenbedingungen für die „Integration ziviler Belange“</p>
<p>Auf Rechten basierende Beteiligung</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Mit der Schaffung eines Rahmenwerks für den Dialog zwischen den lokalen Regierungen und den von Zwangsräumung und Vertreibung betroffenen Gemeinden hat das südafrikanische Verfassungsgericht das Konzept des „sinnvollen Engagements“ entwickelt, bei dem die Parteien gemeinsam Entscheidungen auf der Grundlage der Einhaltung des Rechts auf Wohnung treffen. • In Angola fördert das „Luanda Urban Poverty Programme“ die Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Entwicklung und Unterstützung von „ansässiger Gebietsentwicklungsorganisationen“, um mit den lokalen Regierungen bei der Planung und Infrastruktur zusammenzuarbeiten. • Thailand hat ein einzigartiges Modell der auf Rechten basierenden Teilnahme an Programmen zur Wohnraumerweiterung umgesetzt. Es bietet finanzielle und technische Unterstützung für Gemeinden, um über Land zu verhandeln, städteweite Pläne zu entwickeln, Infrastruktur bereitzustellen und alle Aspekte der Modernisierung von Projekten zu verwalten. • Das Recht indigener Völker auf kulturell angemessenes Wohnen wurde häufig verletzt, weil ihnen die Beteiligung und Kontrolle über die Gestaltung und Produktion ihrer eigenen Wohnungen verweigert wurde. In Chile zum Beispiel wurde selbst etwas so Einfaches wie die Sicherstellung, dass die Türen dem Sonnenaufgang zugewandt sind, was für jedes Mapuche-Heim unerlässlich ist, bei den für diese Gemeinden errichteten Wohnungen vernachlässigt. Neue Sozialwohnungsarchitektur in Chile hat ein von den Mapuche „ruka“-Häusern inspiriertes Design integriert, das aus Baumstämmen und Ästen besteht. • Die Teilnahme an Wohnstrategien kann auch zu einem effektiveren Engagement in der demokratischen Politik führen. Im Vorfeld der Gouverneurswahlen 2017 in Jakarta handelte die Zivilgesellschaft mit einem der Kandidaten einen „politischen Vertrag“ aus, der die Forderung nach einer auf Menschenrechten basierenden Wohnstrategie einschließlich städtischer Pläne zur Regelung von „kampungs“ (inoffiziellen Siedlungen) und eines Programms für erschwinglichen Wohnraum enthielt. Viele Wähler kamen aus den Kampungs, um den Kandidaten zu unterstützen, und der Vertrag wird derzeit umgesetzt.
<p>Verantwortungsvolle Budgetierung und Steuererechtigkeit</p>	<ul style="list-style-type: none"> • In Kenia, wo die Beteiligung an der öffentlichen Finanzverwaltung in die Verfassung aufgenommen wurde, wird die partizipative Budgetierung zur Umsetzung der Bestimmung getestet. Die ersten Ergebnisse deuten auf eine stärkere Beteiligung, insbesondere von Frauen, hin, und die Mittelzuweisungen haben sich auf die Modernisierung von Einrichtungen und nicht auf Vorzeigeprojekte konzentriert. • Singapur war erfolgreicher als andere Staaten bei der Kontrolle der Finanzierung. Es erhebt eine 18-prozentige Grunderwerbssteuer und eine zusätzliche Stempelsteuer für vermögende Immobilieneigentümer und -investoren, wobei die Einnahmen zur Finanzierung von Wohneigentum von Personen mit geringem Einkommen verwendet werden. • In Vancouver, Kanada, wurde eine Wohnstrategie eingeführt, die eine Steuer auf leerstehendes Wohneigentum, eine differenzierte Grundsteuer auf luxuriöses Wohneigentum, eine „flipping“ Steuer, eine Spekulationssteuer, Beschränkungen des Eigentums von nicht ständigen Bewohnern von Immobilien und Maßnahmen

Bericht der Sonderberichterstatterin über angemessenes Wohnen als Bestandteil des Rechts auf einen angemessenen Lebensstandard und das Recht auf Nichtdiskriminierung in diesem Zusammenhang

WOHNEN IST EIN MENSCHENRECHT

Praxisbeispiele der Umsetzung der Grundprinzipien einer auf Rechten basierenden Wohnstrategie

	<p>zur Wiedergutmachung erhöhter Immobilienwerte infolge einer Umwidmung umfasst.</p> <ul style="list-style-type: none">• In der Provinz Taiwan werden Wohnungseigentümer mit 15 Prozent auf den Verkaufspreis ihrer Immobilie besteuert, wenn sie diese innerhalb eines Jahres nach dem Kauf verkaufen, und mit 10 Prozent, wenn sie innerhalb von zwei Jahren verkauft werden. In Neuseeland verlangt der "Bright-Line-Test" der Regierung, dass Personen, die ein Miethaus verkaufen, das weniger als zwei Jahre vor dem Verkauf gekauft wurde, Einkommenssteuern auf Verkaufserlöse zahlen.
Auf Menschenrechten basierende Ziele und Zeitpläne	<ul style="list-style-type: none">• Obwohl sich viele Staaten und lokale Regierungen verpflichtet haben, der Obdachlosigkeit ein Ende zu setzen, sind Erfolge nur selten. Die Stadt Medicine Hat in Alberta, Kanada, gab 2015 bekannt, dass sie die Obdachlosigkeit beendet habe, was bedeutet, dass niemand mehr als 10 Tage in einem Obdachlosenheim lebte, bevor ihm eine dauerhafte Unterkunft zugewiesen wurde. In Spokane, USA, wurde ein Plan verabschiedet, um die chronische Obdachlosigkeit bis 2017 und die Obdachlosigkeit von Familien bis 2018 zu beenden. Das Ziel wurde jedoch nicht erreicht.• In Finnland umfasste die erste Phase der Strategie zur Beseitigung der Obdachlosigkeit von 2008-2015 das Ziel, 1.250 neue Wohnungen zu bauen und Wohneinheiten in 10 Städten zu unterstützen. Dieses Ziel wurde um fast 300 Einheiten übertroffen, aber die Strategie verfehlte ihr vorläufiges Ziel, die Obdachlosigkeit um 50 Prozent zu reduzieren (stattdessen waren es 28 Prozent). Finnland war zu der Zeit das einzige Land in Europa, das die Obdachlosigkeit abbaute. Die zweite Phase der Strategie wurde angepasst, um die strukturellen Ursachen der Obdachlosigkeit anzugehen und ihren Wirkungskreis zu erweitern sowie Wohnungen für Menschen in unmittelbarer Not bereitzustellen. Sie umfasst Dienstleistungen zur Prävention von Obdachlosigkeit, geht versteckte Obdachlosigkeit an und umfasst Unterkünfte für Jugendliche und Asylsuchende.• Im Jahr 2008 führte Cabo Verde ein nationales Wohnprogramm mit dem Titel „Ein Heim für jeden“, das 8.400 Wohneinheiten liefern sollte, um die Wohnungsnot bis 2013 um 20 Prozent zu reduzieren. Das Ziel wurde 2011 auf 6.010 Einheiten gesenkt, nachdem der Internationale Währungsfonds die Regierung aufgefordert hatte, die Ausgaben für das Programm zu senken. Die Finanzinstitute waren auch nicht bereit, Hypotheken an einkommensschwache Begünstigte bereitzustellen, die überwiegend im informellen Sektor tätig sind und die die Hauptbegünstigten des Programms sein sollten
Rechenschaftspflicht und Überwachung	<ul style="list-style-type: none">• Spanien ist der Bürgerbeauftragte befugt, den Behörden und dem Gesetzgeber Empfehlungen zu unterbreiten, und er kann Änderungen an den Rechtsvorschriften hervorbringen oder vorschlagen. Der Bürgerbeauftragte analysierte die Ursachen der Hypothekenkrise in Spanien und ihre Folgen für gefährdete Gruppen und gab umfangreiche Empfehlungen ab.• In Kanada enthält die Nationale Wohnstrategie eine Bestimmung für einen Bundesanwalt, der dafür zuständig ist, die Erfahrungen von gefährdeten Gruppen in Bezug auf systemische Hindernisse für angemessenes Wohnen anzuhören.• In Peru greift der Bürgerbeauftragte bei Situationen ein, die den Zugang von Menschen zu Wohnraum beeinträchtigen oder einschränken. Zum Beispiel empfahl er der Metropolgemeinde Lima, einen Umsiedlungsplan für die städtischen indigenen Shipibo-Conibo-Bewohner der Gemeinde Cantagallo anzunehmen, die auf einer Müllhalde lebten. Als Reaktion darauf kündigte das Ministerium für Wohnungswesen, Bauwesen und sanitäre Einrichtungen den Bau von Wohneinheiten für Familien mit einer Investition von 23 Millionen Sol an
Klärung der Verpflichtungen privater Akteure	<ul style="list-style-type: none">• In Frankreich sieht das „DALO“-Gesetz ein gütliches Vergleichsverfahren und Rechtsstreitigkeiten im Falle eines Verstoßes vor. In einem Fall wurde der Regierung eine Geldstrafe von 12,9 Millionen Euro auferlegt, weil sie es versäumt hatte, Wohnen in Übereinstimmung mit dem Gesetz bereitzustellen.• In einer Reihe von Städten gibt es Bürgerbeauftragtenbüros, die Beschwerdever-

WOHNEN IST EIN MENSCHENRECHT

Praxisbeispiele der Umsetzung der Grundprinzipien einer auf Rechten basierenden Wohnstrategie

	<p>fahren bei Verletzungen des Rechts auf Wohnen anbieten. In Ergänzung zu seiner Bezeichnung als Stadt der Menschenrechte hat Seoul einen lokalen Ausschuss für Menschenrechte und ein Bürgerbeauftragtenbüro eingerichtet, bei denen die Anwohner ihre Beschwerden einreichen können.</p> <ul style="list-style-type: none">• Die südafrikanische Menschenrechtskommission hat ein Beschwerdeverfahren entwickelt und hat das Mandat, Untersuchungen durchzuführen. Nachdem zahlreiche Beschwerden eingegangen waren, führte die Kommission eine Untersuchung zu Zugang zu Wohnungen, lokaler Verwaltung und Erbringung von Dienstleistungen durch. Die Kommission benannte 10 Regierungen und öffentliche Stellen als Beklagte. Bei ihrem Abschluss stellte die Kommission fest, dass bei den vorherrschenden Konzepten für die Wohnungsbauprogramme in Südafrika das Recht auf angemessenes Wohnen nicht schrittweise umgesetzt wurde. Die Kommission richtete weitreichende Empfehlungen an alle Regierungsebenen und forderte• „einen Wandel in der Einstellung der staatlichen Stellen zu ihren Wohnverpflichtungen“, um das Recht auf Wohnen als zentralen Bestandteil des Rechts auf ein menschenwürdiges Leben zu realisieren
Regulierung der Finanz-Wohn- und Immobilienmärkte	<ul style="list-style-type: none">• In Argentinien verlangt das Gesetz über den fairen Zugang zu Lebensräumen, dass große Grundstückserschließungen wie Country Clubs und geschlossene Wohnanlagen 10 Prozent des Landes oder der Grundstückskosten für den sozialen Wohnungsbau abgeben. Das Gesetz verbietet auch Zwangsräumungen aus inoffiziellen Siedlungen und erlaubt eine Erhöhung der Besteuerung von Immobilien, wenn deren Wert aufgrund der Erschließung von Nachbargebieten steigt. Die gesammelten Mittel werden zur Verbesserung inoffizieller Siedlungen und zur Verbesserung prekärer Wohnverhältnisse eingesetzt.• In Indien verabschiedete das Parlament 2016 das Real Estate (Regulierung und Entwicklung) Act, um unnötige Verzögerungen zu vermeiden und die Transparenz bei Grundstückserschließungen zu fördern. Das Gesetz verlangt die Registrierung von Entwicklungsprojekten unter Angabe aller beteiligten Personen und Unternehmen. Das Gesetz soll erschweringliche Wohnprojekte beschleunigen und die Rechenschaftspflicht des Immobiliensektors verbessern. Es regelt jedoch weder Immobilienspekulationen noch die Bereitstellung erschwinglichen Wohnraums für einkommensschwache Haushalte, wie von der• „Organisation Housing and Land Rights Network“ gefordert.• Viele Kommunalverwaltungen verlangen von den Bauherren, dass zumindest ein Mindestanteil an neuen Wohneinheiten bezahlbar ist. In Montreal, Kanada, müssen 15 Prozent der Einheiten bezahlbar sein, wohingegen es in London 25 Prozent und in der Plaine Commune in Paris 40 Prozent sind• In Lima wurden die Erneuerungsbemühungen im Rimac-Gebiet durch Partnerschaften zwischen Anwohnergemeinschaften und privaten Bauträgern vorangetrieben.⁵⁶ Die Gemeindeverbände suchen private Bauherren für den Kauf historischer Häuser. Die Gebäude werden dann rekonstruiert, um den derzeitigen Bewohnern subventionierte Einheiten und den neuen Käufern marktgerechte Einheiten zur Verfügung zu stellen
Durchführung der Internationalen Zusammenarbeit	<ul style="list-style-type: none">• Im Jahr 2013 hat die Regierung in Nigeria während einer Zeit, in der der Staat Lagos Weltbankmittel für Infrastruktur und Modernisierung erhielt, 9.000 Menschen aus der Gemeinde Badia East gewaltsam vertrieben. Die Vertreibung stand im Widerspruch zu den Schutzmaßnahmen der Weltbank, zu deren Einhaltung sich die Regierung bereit erklärt hatte. Das Aktionszentrum für soziale und wirtschaftliche Rechte reichte beim Beschwerdeverfahren der Weltbank einen Antrag ein, in dem darum ersucht wurde, die Vertreibungen zu untersuchen. Stattdessen initiierte der Ausschuss einen Pilotansatz, um mit der Gemeinschaft aus-

Bericht der Sonderberichterstatterin über angemessenes Wohnen als Bestandteil des Rechts auf einen angemessenen Lebensstandard und das Recht auf Nichtdiskriminierung in diesem Zusammenhang

UN-Menschenrechtsrat, 37. Sitzung, 26. Februar–23. März 2018 Tagesordnung Punkt 3

WOHNEN IST EIN MENSCHENRECHT

Praxisbeispiele der Umsetzung der Grundprinzipien einer auf Rechten basierenden Wohnstrategie

gehandelte Lösungen zu verfolgen. Dies führte zu einem Umsiedlungsaktionsplan, der eine gewisse Entschädigung und einen Beschwerdemechanismus vorsah. Die an der ursprünglichen Beschwerde beteiligten Mitglieder der Gemeinschaft waren mit der Vereinbarung nicht zufrieden. Der Ausschuss lehnte es jedoch ab, die Untersuchung fortzusetzen.

- Die Europäische Union hat eine Liste von 17 Ländern erstellt, die als Steueroasen fungieren, und erwägt die Anwendung von Sanktionen gegen diese Länder, wenn das Problem nicht gelöst wird.
- Das seit 2004 laufende Partizipative Entwicklungsprogramm in städtischen Gebieten zwischen Deutschland und Ägypten ist ein Beispiel für ein innovatives gemeindeorientiertes Entwicklungshilfeprojekt. Im Mittelpunkt steht die Aufwertung nicht genehmigter Stadtviertel im Großraum Kairo durch Unterstützung der Umsetzung partizipativer Methoden für die Stadterneuerung mit lokalen Regierungen und Organisationen der Zivilgesellschaft.⁶⁴
- Vereinigte Städte und lokale Regierungen, ein Dachverband lokaler Regierungen auf der ganzen Welt, haben die Verpflichtungs- und Aktionsagenda von Bogota angenommen, die innovative Ansätze zur Integration der lokalen Regierung in internationale Entwicklungsmechanismen und -institutionen vorschlägt, um die Umsetzung der Neuen Städteagenda, des Pariser Abkommens und anderer internationaler Abkommen zu gewährleisten.⁶⁵
- Vereinigte Städte und lokale Regierungen haben sich auch mit dem OHCHR und dem Sonderberichterstatterin zusammengetan, um „The Shift“ zu initiieren, eine neue internationale Bewegung einer Vielzahl von Interessensvertretern, die erkennt, dass die globalen Herausforderungen für das Recht auf Wohnen eine globale menschenrechtsbasierte Antwort erfordern.